

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34, bei den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark, frei in's Haus 2 Mark.

Thorner

Insertionsgebühr

die 5spaltige Zeile oder deren Raum 10 Pf. Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34, Heinrich Neg, Kopperniftstraße

Ostdeutsche Zeitung.

Expedition: Brückenstr. 34, part. Redaktion: Brückenstr. 34, I. Et. Fernsprech-Anschluß Nr. 46. Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstejn und Vogler, Rudolf Mosse, Invalidentank, G. L. Daube u. Ko. u. sämmtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg u. s. w.

Vom Reinstage.

86. Sitzung am 8. Mai.

Am Bundesratstage: Fürst Hohenlohe, von Marfchall, v. Böttcher, v. Köller u. A. Das Haus und die Tribüne sind außerordentlich stark besetzt. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuches, des Militärstrafgesetzbuches und des Gesetzes über die Presse [Umsatzvorlage].

Der Präsident macht den Vorschlag, nicht mit § 1, sondern mit § 129 der Vorlage zu beginnen. Vor Eintritt in die Beratung ergreift der Reichskanzler Fürst Hohenlohe das Wort, um zu betonen, daß die verbündeten Regierungen den Schutz gesetzlicher Bestimmungen gegen die sich immer mehr geltend machende Propaganda revolutionärer Tendenzen in Anspruch nehmen mußten. Man dürfe glauben, daß solche Bestimmungen den Beifall der Nation finden würden, oder doch wenigstens derjenigen Kreise, die am lautesten nach einem solchen Schutz gerufen haben. Die Hoffnung der verbündeten Regierungen habe sich nicht erfüllt, soweit das Ergebnis der Kommissionsberatungen in Frage kommen. Mehr und mehr seien religiöse und sittliche Grundlagen, der Gehorsam gegen die Gesetze verloren gegangen. Den Regierungen war es daher um deren Wiederherstellung zu thun, um die bürgerliche Gesellschaft gegen Ausschreitungen zu schützen. Es müßte daher eine Reform des gemeinen Rechts vorgenommen werden. Der Reichskanzler geht sodann auf einzelne Beschlüsse der Kommission ein und wendet sich gegen den Entwurfstrummel, welchen die Vorlage herborgerufen hat. Ich habe, so sagt er, eine viel zu hohe Meinung von dem Volke der Deutscher, als daß ich annehmen sollte, daß die Gesetzesarbeit eines Philosophen oder der Fortschritt der Menschheit gehemmt werden könnten durch gesetzliche Bestimmungen, wie sie hier vorliegen. Er betonte ferner, daß, während die Regierungen ursprünglich die Störung der Staatsgewalt im Auge gehabt habe, die Kommission sich mehr auf das religiös-sittliche Gebiet begeben habe. Er hebt die Notwendigkeit der Wiederherstellung des § 111 hervor und meint, daß die von der Kommission beschlossene Fassung des § 130, 2. Absatz, auch keine Besserung bedeute. Schließlich bittet der Kanzler, man möge der Regierung die Mittel an die Hand geben, durch welche sie mehr als bisher in den Stand gesetzt wird, revolutionäre Bestrebungen zu bekämpfen. [Schwacher Beifall rechts.]

Die Beratung beginnt mit § 111. Derselbe erklärt in seinem 2. Absätze die Anpreisung und Rechtfertigung einer Anzahl von Vergehen für strafbar.

Die Abgg. v. Lebekow und Gen. beantragen auch die Wiedereinführung der in der Regierungsvorlage enthaltenen §§ 113 (Widerstand gegen Beamte) und 114 (gewalttätige Nötigung zu Amtshandlungen.)

Abg. Barth [frs. Bg.] will ferner die Vergehen des Duells in den § 111 mit einfügen, sowie bestimmen, daß die Anpreisung nur dann strafbar sei, wenn sie in der Absicht geschieht, zu den strafbaren Handlungen aufzureizen. Die Debatte erstreckt sich aber zunächst nur auf das Prinzip der Bestrafung, der Anpreisung und Rechtfertigung von Verbrechen (also zunächst unter Ausscheidung der einzelnen Paragraphen aus der Debatte.)

Abg. Barth [frs. Bg.] geht zuerst kurz auf die Rede des Reichskanzlers ein, aus der er die Ausdruckslosigkeit der Vorlage glaubt herausgehört zu haben. Redner kritisiert die Elastizität des § 111. (Glorifikation von Verbrechen), der dem subjektiven Ermessen des Richters und Staatsanwalts den größten Spielraum lasse. Redner kommt zu dem Schlusse, daß es das Beste sei, die Vorlage, wie sie gehe und siehe, abzulehnen.

Abg. Frhr. v. Mantuffel [L.] glaubt nicht an die von Barth gepriesene Zähigkeit der Sozialdemokratie. Zeige dieselbe einmal ihr wahres Gesicht, würden Herrn Barth die Augen übergehen. Redner erklärt, daß, wenn die konservativen Anträge zu § 111 nicht angenommen würden, seine Freunde nicht in der Lage wären, für den § 111 zu stimmen. Damit glaubt er auch nicht in der Lage zu sein, fährt Redner fort, für ein so gestaltetes Gesetz zu stimmen. Die Regierung habe überhaupt noch andere Gesetze als dies eine in Aussicht gestellt. Die Konservativen vermüßten namentlich die Wörstenerreform und die Spiritusvorlage. Wenn die Konservativen auch auf dem Boden der Kaiserrede ständen, so könnten sie doch nicht mit allen Kommissionsbeschlüssen einverstanden sein.

Abg. Auec nimmt darauf das Wort, um mit markigen Worten die Auser nach dem Gesetz, die jetzt den Wechselbalg verleugnen und den Versuch, die mächtige Arbeiterbewegung durch einige geschriebene Paragraphen anzuhalten, zu verspotten. Das wird ihnen nie gelingen, so ruft er aus. Ebenso geistert die Furcht vor der Sozialdemokratie und das Zusammengehen der heterogensten Elemente, wenn man ihr etwas am Zeuge fäden wollte, der Jesuiten und Freimaurer. (Heiterkeit.) Besonders scharf geht er ins Gericht mit den Zentrumsführern und den National-liberalen, welche letztere im Verlauf der Kommissionsverhandlungen so sehr den Geschmack an der Vorlage verloren, daß sie zuletzt gar nicht mehr erschienen. Redner kritisiert scharf den § 111 und bittet, denselben abzulehnen.

Kriegsminister v. Bronsart wendet sich wegen einer Äußerung des Vorredners an diesen mit der Bemerkung, die Armee erkenne ihre Aufgabe nur in dem Schutze unserer Grenzen. Ihr Vorbeir wachse nicht auf der Straße in dem Kampfe gegen unbotmäßige Massen, um diese zu Paaren zu treiben. Das überlasse sie der Polizei und der Feuerwehr. (Stürmische minutenlange Heiterkeit.)

Abg. v. Kardoff verliest namens der Reichspartei eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß die Vorlage den Wünschen der Partei in der Hauptsache

nicht entspricht, dieselbe daher nur § 112 und die Artikel 2 und 3, das Militärstrafrecht betreffend, annehmen wird und sich der weiteren Beteiligung an zweiter Lesung enthalten wird. Auch in dritter Lesung würden sie das Gesetz ablehnen, falls die vorliegende Fassung Annahme finden sollte.

Abg. Enneccerus [nl.] bezeichnet die Vorlage in der Fassung der Kommission ebenfalls als absolut unannehmbar. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß die Vorlage in der 2. Lesung eine Gestalt erhalte, welche seinen Freunden die Annahme ermögliche. Im Interesse der unbeschränkten Freiheit der Wissenschaft habe seine Partei erhebliche Bedenken gegen die Kommissionsbeschlüsse. Ein Teil seiner Freunde werde dem konservativen Antrage zustimmen, eine Minderheit die Vorlage pure ablehnen.

Abg. v. Wolzlegier [Bole] erklärt, der erste Absatz, die Aufforderung zu Verbrechen betreffend, wäre seinen Freunden annehmbar, den zweiten Teil, die Anpreisung und Rechtfertigung lehnten sie dagegen ab.

Abg. Reindl [Str.] verliest eine kurze Erklärung, daß das Zentrum für § 111 in der Kommissionsfassung stimmen werde. Was die ganze Vorlage anlangt, könne dieselbe auch nicht in allen Teilen dem Zentrum gefallen und genügen. (Stürmische Heiterkeit.) Das Zentrum behalte sich also sein votum in dritter Lesung vor.

Abg. Munkel [frs. Bp.], welcher um 3/4 Uhr zu Worte kommt, bekämpft an dem § 111 vor allen Dingen die Anpreisung und schließt sich dem Standpunkte Barth's im Uebrigen an.

Abg. Zimmermann erklärt Namens der Antisemiten, dieselben würden die Vorlage in der Kommissionsfassung ablehnen, mit Ausnahme vielleicht der Militärstrafrecht-Bestimmungen. Er glaube auch nicht, daß bei der jetzigen Beratung etwas herauskommen könne. Was § 111 anbelange, so sei auch der Antrag Lebekow unannehmbar. Den Antrag Barth könne man sich als kleineres Uebel gefallen lassen, aber auf jeden Fall lehnten seine Freunde den ganzen Paragraphen ab. Einem Gesetze bedürfte es allerdings, aber gegen die Juden.

Nach einigen Worten des Abg. v. Salisch für den Antrag Lebekow verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

62. Sitzung vom 8. Mai.

Das Haus überwies heute den Antrag der Abgg. Betoda und Gen. [Str.] wegen Ermäßigung der Eisenbahnfrachtsätze für Bergbau und landwirtschaftliche Produkte aus Schlessen einer Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgten Petitionsberichte. Ein Anzahl von Petitionen, betr. den Ausbau des Naturischen Schiffahrtskanals wurde auf Antrag des Abg. Meßling

[natltd.] der Staatsregierung zur Erwägung überwiesen; die Petition des Hauptdirektoriums des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für Brandenburg und die Lausitz, betr. die Bestellung von Eisenbahngüterwagen, auf Antrag des Abg. Ring [Konf.] zur Berücksichtigung; die Petition des Bezirksvertreters der östlichen Drausensee-Niederung, betr. die Regulierung des Elbingflusses, auf Antrag des Grafen Kanig [Konf.] zur Berücksichtigung in der Richtung, daß die 1889 in den Weichsel-Nogat-Deichverband neu einbezogenen Niederungsgebiete am Drausensee aus dem Deichverbande wieder entlassen würden.

Nächste Sitzung Freitag: Rechnungsachen, kleine Vorlagen (darunter der Antrag Schendendorf wegen körperlicher und werththätiger Erziehung), Wahlprüfungen.

Deutsches Reich.

Berlin, 9. Mai.

Der Kaiser empfing Dienstag Abend im Neuen Palais den Besuch des Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe. Mittwoch Vormittag besichtigte er auf dem Bornstedter Felde das Lehr-Infanterie-Bataillon, die Infanterieschule und das Garde-Jäger-Bataillon. Später wurde der neue russische Botschafter Graf v. d. Osten-Sacken in Antrittsaudienz empfangen. Am Nachmittag gewährte der Kaiser dem Maler Cove eine Porträtsitzung.

Gelegentlich der Besichtigung des zweiten Garde-Regiments zu Fuß hielt der Kaiser am Schluß der Kritik an das Offizierkorps eine Ansprache, in der er die hohen Verdienste des verstorbenen Generaloberst von Pape um die Armee, dessen außerordentliche Tüchtigkeit und hervorragende Pflichterfüllung des Verstorbenen, der der älteste Offizier des Regiments gewesen, rühmend hervorhob. Der Kaiser befahl, daß das Begräbniß am Freitag Nachmittag mit allen einem Generalfeldmarschall zukommenden Ehren statfinde.

Am Nordostseekanal müssen die noch rückständigen Bauten sehr überhastet werden, um die Eröffnung des Kanals am 18. Juni zu ermöglichen. Auch das Kanalbett ist noch nicht überall in Ordnung, im Westen wird noch eifrig gebaggert und bei Holtenu ist noch die alte Schleufe zu beseitigen, die noch wie eine Barrikade im neuen Kanal steht. Diese mehr als 100 Jahre alte Schleufe, die auf einem mächtigen Pfeiler stand, ist so

Fenilleton.

Die Stimme des Blutes.

Roman von A. Lütetsburg.

31.) (Fortsetzung.)

Es war seltsam. Draußen wieder angelangt, fühlte Wolf von Gudenheim sich beruhigter und besonnener, trotzdem die ihm gewordenen Mitteilungen wenig geeignet waren, seine Überorgnisse zu zerstreuen. Er konnte ruhig überlegen, was geschehen müsse und war zum Neupferfen entschlossen. Nur einmal umspielte ein bitteres Lächeln seinen Mund. Er dachte an Lona. Wie ganz beherrschte sie seine Gefühle! Er, dem bis vor nicht gar langer Zeit das Urteil der Welt alles gewesen war, besand sich jetzt auf dem Wege nach der Polizei, um eine für ihn vielleicht fürchtbare Gewißheit zu erlangen, die den Hohn der skandalträchtigen Menge herausforderte.

Er begab sich in das Arbeitszimmer eines ihm bekannten Polizeikommissars, zu fragen, ob es möglich sei, ohne jedes Aufsehen eine Person Tag und Nacht in ihrem Hause zu überwachen. Er wünschte Marie Adami um keinen Preis aus den Augen zu verlieren und wenn er auch eigentlich nicht fürchtete, daß sie gehen werde, ohne weitere Summen von ihm in Empfang genommen zu haben, so wollte er sich doch auf alle Fälle sicher wissen.

Der Polizeikommissar kam dem Verlangen des Freiherrn in liebenswürdigster Weise entgegen, nachdem er denselben auf einige Punkte seiner Instruktion aufmerksam gemacht, die berücksichtigt werden mußten. Herr von Gudenheim erklärte sich zu jedem Opfer an Geld bereit und stellte sofort eine bedeutende Summe

zur Verfügung. Dann lehrte er beruhigter in seine Wohnung zurück, um hier vielleicht noch einen Aufschluß erlangen zu können, der ihm eine Spur verschaffe, wohin Lona ihre Schritte gelenkt haben könnte.

Diese Angelegenheit war die qualvollste. Die Dienerschaft seines Hauses war zu groß, als daß er nur einen Augenblick daran hätte denken können, deren Stillschweigen über gewisse Vorgänge als feststehend betrachten zu dürfen. Er läuüchte sich nicht über all die Unannehmlichkeiten, die seiner nun warteten, und doch bedauerte er seine Frau, die im Zweifel an die Größe seiner Liebe das Leid verschuldet.

Zu Hause angelangt, begab er sich sofort wieder in Lona's Zimmer, um nochmals alles genau zu durchsuchen. Als er sich in dem kleinen, behaglich eingerichteten Wohnzimmer umfah, krampfte ein Gefühl bittersten Schmerzes seine Brust zusammen.

In dem Zimmer herrschte die peinlichste Ordnung, wie er sie eines Tages in dem kleinen Raume beobachtet, welchen sie im Frohsdorf'schen Hause inne gehabt.

Auf dem zierlichen chinesischen Arbeitskorbe am Fenster lag noch eine hübsche Handarbeit, als sei Lona soeben von derselben aufgestanden; nur der Sessel am Schreibtische stand so steif und gerade, als sei er lange nicht benutzt worden. Der Schlüssel zu dem Schreibtische lag auf einer Ledermappe und mußte ins Auge fallen.

Ein wehmütiges Lächeln umspielte die Lippen des Freiherrn, als er die Hand danach ausstreckte. Lona hatte gewiß nichts verborgen.

Er öffnete mechanisch die Schubfächer, die fast keinen Inhalt hatten, bis auf einige wenige Briefe von Freundinnen oder Mitgenossinnen aus der Pension und von Fräulein J. Er las

keinen derselben, obgleich er die Postkempel einer sorgfältigen Prüfung unterwarf. Die Briefe waren älteren Datums. Sie entstammten einer Zeit, wo Lona gewiß noch nicht daran gedacht, dieses Haus zu verlassen, zum Teil sogar aus der Zeit vor ihrer Verheiratung. Sie konnten ihm keinen Aufschluß geben.

Nachdem er den Schreibtisch wieder verschloffen und den Schlüssel an sich genommen, stand er noch eine Weile in Nachdenken versunken, was nun zu thun sei. Es blieb kein Ausweg, er mußte fragen, so peinlich ihm die Sache auch war. So rief er die Dienerin.

„Annette, wann hat Frau von Gudenheim das Haus verlassen?“

Das Mädchen war sichtlich erschrocken.

„Die gnädige Frau? Ich weiß nicht — ich denke —“

„Nun was denkst Du?“ Herr von Gudenheim heuchelte eine Ruhe, die er keineswegs besaß.

„Ich dachte, die gnädige Frau seien nicht wohl, weil nicht nach mir verlangt worden ist.“

„Wie kommst Du zu dieser Vermutung?“

„Die gnädige Frau sahen in den letzten Tagen recht lebend aus.“

„Du hast Recht, Annette. Vielleicht ist sie zu einem Arzt gegangen. Frag' doch einmal die Hausgenossen, um welche Zeit Frau von Gudenheim wohl das Haus verlassen hat.“

Annette ging, um nach kurzer Zeit mit der Botschaft zurückzulehren, daß niemand die gnädige Frau gesehen habe, mit Ausnahme des Hausmädchens, welches schon um sieben Uhr bemerkt, daß die gnädige Frau über den Korridor ging.

Das war alles, was der Freiherr in Erfahrung bringen konnte. Lona hatte sich also nicht in der Nacht entfernt; schon dieser Gedanke gewährte ihm in all der Angst eine kleine Be-

ruhigung. Und doch wiederum — welche Nacht hatte die Aermste verlebt, ehe sie sich zu dem Schritte entschlossen, der sie für immer, wie sie ihm geschrieben, von allem Glück trennen würde!

Herr von Gudenheim überlegte. Um sieben Uhr war Lona noch gesehen worden, um neun Uhr hatte er sie nicht mehr gefunden. Wenn sie mit irgend einem Zuge fortgefahren war — und das war anzunehmen — dann gab es nur einen einzigen Weg, den sie hatte einschlagen können. Sie mußte den Schnellzug nach dem Süden benutzt haben.

Noch kurze Zeit verharrte der Freiherr in der eingenommenen sinnenden Stellung. Der einzige Weg, den zu betreten ihm übrig blieb, war kein angenehmer für ihn und mußte notwendig die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Dennoch war er entschlossen, nicht zu zögern.

Er verließ die Zimmer seiner Frau, verschloß die Thür und begab sich in seine eigenen Räume, um dem Diener den Befehl zu geben, einen Handkoffer für ihn zu packen und in einer Stunde nach der Bahn zu bringen, wo er selbst ihn erwarten werde. Nachdem er sich körperlich etwas gestärkt, denn er fühlte eine große ungewohnte Schwäche, trat er den schweren Gang an, den er zunächst thun mußte.

Am Billethälter des Bahnhofes zu B. verrichtete ein noch jugendlicher Beamter den Dienst. Der Zubräng war selten groß, besonders aber nicht zu dieser Tagesstunde für den Schnellzug nach Frankfurt a. M.

Die Umstände waren dem Freiherrn von Gudenheim günstig, es war niemand in der Nähe und doch — wie schwer wurde ihm die Frage: „Um Verzeihung, mein Herr! Hatten Sie heute Morgen zum Schnellzuge nach Frankfurt am Main Dienst?“

ausgezeichnet gearbeitet, daß ihre Beseitigung viel Mühe macht. Tag und Nacht ist in letzter Zeit daran gearbeitet, um die wohlkonservierten Pfähle herauszuziehen, die sich zu Hunderten fest eingeklemmt im Erdreich befinden. Man wird bis zum 19. Juni jedenfalls soweit fertig werden, daß die 21 Schiffe, welche die erste Kanalfahrt mitmachen sollen, durchgehen können.

— Oberbürgermeister Zelle hat nachträglich davon Abstand genommen, einen Strafantrag gegen die „Kreuztg.“ wegen des beleidigenden Artikels derselben zu stellen.

— Bei den diesjährigen Kaisermanövern werden während der letzten drei Tage sämtliche Truppen kriegsmäßig bivouacieren. Wegen des Zusammentreffens besonders großer Truppenmassen werden besondere Feldlazarette aufgestellt werden, wobei man auch die mannigfaltigsten Versuche anstellen wird.

— Die Reichstagskommission zur Vorbereitung des Antrags Heyl auf Kündigung des Meißbegünstigungsvertrages mit Argentinien nahm den Abt. I, den Reichskanzler zu ersuchen, die Kündigung als bald herbeizuführen, mit 9 gegen 7 Stimmen an. Dieselbe nahm ferner mit 8 gegen 5 Stimmen den Abt. 2 an, die Kündigung der Meißbegünstigungsverträge mit Ländern, wo unsere Beziehungen gleich ungünstig sind, in Erwägung zu ziehen, und mit 9 gegen 4 Stimmen die Zwischenanträge Arnim, eine Verständigung mit den übrigen europäischen Staaten behufs Abschluß einer europäischen Zollunion in Erwägung zu ziehen. Im Berichtstatter wurde Paasche gewählt.

— Die Kommission des Reichstages für den Antrag Kanitz lehnte mit 13 gegen 12 Stimmen die Resolution Schwerin ab, welche besagt, die Kommission stimme im allgemeinen dem Antrage Kanitz zu.

— Gegen den Antrag Kanitz hat sich im württembergischen Landtage der Minister des Innern, Bischof, ausgesprochen. Derselbe erklärte, die württembergische Regierung werde dem Antrag Kanitz nicht zustimmen können. Auch wenn die Notlage der Landwirtschaft bauernd sein sollte, wären schwerwiegende Gründe dagegen. Mit der Annahme des Antrags würde man mitten im sozialistischen Staate stehen. Der Antrag sei auch mit loyaler Durchführung der Handelsverträge unvereinbar und habe schwere praktische Bedenken.

— Der „Reichsanz.“ erklärt die Gerüchte über einen neuen Zusammenbruch der Maschinen des Kreuzers „Kaiserin Augusta“ als auf Erfindung beruhend.

— Ein Bericht der Petitionskommission beantragt, Petitionen deutscher Sittlichkeitsvereine um Verschärfung der Strafgesetzepara-

graphen gegen die Unfittlichkeit dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, teils als Material zur Abänderung der Gesetzgebung mit der Bitte zu überweisen, baldmöglichst dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der geeignet ist, der überhandnehmenden Unfittlichkeit zu steuern.

— Wegen des Aufrufs der Breslauer Studentenschaft gegen die Umsturzvorlage ist nicht vom Minister Köller sondern vom Kultusminister Dr. Boffe ein Vorgehen veranlaßt worden. Der Kurator der Breslauer Universität, Oberpräsident Fürst Hagfeld, hat auf Anweisung des Ministers den Rektor der Universität aufgefordert, den Anschlag am schwarzen Brett, welcher zur Unterzeichnung der Petition gegen die Umsturzvorlage auf-forderte, sofort entfernen zu lassen, ferner das Disziplinarverfahren gegen die Unterzeichner des Aufrufs einzuleiten und Maßnahmen zu treffen, um ein weiteres Vorgehen der Studentenschaft in dieser Richtung zu verhindern. Von einer Beschlagnahme der Listen war in dieser Aufforderung nicht die Rede, und eine solche ist auch tatsächlich nicht erfolgt. Die „Bresl. Ztg.“ macht darauf aufmerksam, daß der Minister gegen Anschläge am schwarzen Brett, welche zum Teilnahme der Studentenschaft an der Bismarckfeier, also auch einer politischen Kundgebung, aufforderten, keine Maßregeln ergriffen hat.

— Gegen die Innungsprivilegien richtet sich eine Petition des Verbandes freier Vereinigungen selbstständiger Barbiers und Friseur an den Reichstag. Die Petition verlangt, daß Innungsprivilegien keine Anwendung finden gegen vorhandene gleichartige Berufskorporationen, die sich ebenfalls die Förderung des Lehrlingswesens zur Aufgabe stellen. Die Petitionskommission aber beantragt, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

— Wie die „N. Fr. Pr.“ erzählt, schrieb Gustav Freitag, als das Wort des Kaisers vom Abel als von den Edelsten der Nation gefallen war, an einen Wiener Freund folgende Worte:

„Lassen Sie sich durch gelegentliche Worte, selbst wenn diese von hoher Stelle kommen, nicht beirren. Bei uns in Deutschland giebt es glücklicherweise zur Zeit keinen Kampf der Stände, und das Bürgertum im höchsten Sinne des Wortes, umschließt so sehr die beste Kraft der Nation, daß die Herrschaft eines privilegierten Standes unmöglich wird. Alle Versuche einzelner, eine solche Herrschaft in irgend welchen Formen wieder zu begründen, würden gegenüber dem Zwange unserer realen Verhältnisse ohnmächtig bleiben. Diese Versuche haben in ruhigen Zeiten auch nur deshalb einen Scheinfolg, weil dem deutschen Bürger selbst noch oft das sichere Selbstgefühl fehlt, bei Ihnen, wie bei uns ...“

— Auf den deutschen Münzstätten sind im Monat April d. J. geprägt worden: 5 022 000 Mark in Doppelkronen, 12 714 Mark in Fünf- und 40 908,49 Mark in Einpfennigstücken. Die Gesamtausprägung an Reichsmünzen nach Abzug der wieder eingezogenen Stücke bezifferte sich Ende April d. J. auf 2 935 521 210 Mark in Goldmünzen, 477 240 036 Mark in Silbermünzen, 52 610 455 Mark in Nickel- und 12 876 348 Mark in Kupfermünzen.

— Das Presborgan der Antisemiten des Niederrheins, „Die Wacht an der Ruhr,“ hat sein Erscheinen plötzlich eingestellt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Beilegung des österreichisch-ungarischen Konflikts hatte nachträglich am Dienstag im österreichischen Abgeordnetenhaus einen Vorstoß der Klerikalen zur Folge. Die Abgeordneten Dipauli, Belcredi und Genossen richteten an den Ministerpräsidenten Fürsten zu Windischgrätz eine Interpellation mit der Anfrage, ob die in der Note des Grafen Kalnoky an den Baron Banffy enthaltenen Worte, daß er bereit sei, den Standpunkt zu vertreten, welcher jede Einmischung des apostolischen Nuntius in die inneren politischen Angelegenheiten und Kämpfe ausschließt, so zu verstehen seien, daß in die inneren politischen Angelegenheiten kirchenpolitische Fragen nicht einbezogen sind. Die Begründung der Interpellation bezeichnet es als besonders auffallend, daß der gegen den Nuntius ausgesprochene Tadel sich auf keine bestimmten Thatsachen stützen konnte. In so weit dogmatische Grundätze und Lehren der katholischen Kirche in Frage kommen, sei die Suprematie des Papstes eine katholische Glaubenslehre und die Freiheit des Oberhauptes der Kirche könne in der Leitung der Kirche nicht beschränkt werden, mag es dieselbe direkt oder durch einen Vertreter ausüben.

Eine Bombenexplosion wird wieder einmal aus Brünn gemeldet. Dort explodirte Dienstag Abend im Vorgarten eines Gasthauses eine Bombe. Durch die Explosion wurde niemand verletzt, auch kein sonstiger Schaden angerichtet. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Attentat von denselben Thätern ausgeführt worden ist, welche die drei vorhergehenden Attentate verübt haben.

Die Aufhebung des österreichischen Lottos kündigte der Finanzminister im Budgetauschuss

an, allerdings mit der Einschränkung, daß die Regierung beabsichtige, das Lotto „allmählig“ aufzuheben. Für Aufhebung des Lottos nach erfolgter Reform der direkten Steuern wurde eine Resolution angenommen.

Zu Graz kam es zwischen Görz und Triest in dem Fischerort Grado. Ein Volkshaufe überfiel und zerstörte die Wachtlokalität der städtischen Polizei, belagerte das Pfarrhaus und wollte es stürmen. Eine starke Gendarmerieabteilung, welche alsbald in Grado eintraf, stellte die Ordnung wieder her. Der Erzeß war von der slavischen Landbevölkerung gegen die italienische Stadtbevölkerung Grados gerichtet.

Rußland.

Dem Unterrichtsministerium soll eine Erhöhung des Jahresbudgets um 3 Millionen Rubel zugewiesen werden, die speziell für die Bedürfnisse der Volksschulen bestimmt ist.

Die Erhöhung der Eisenbahnfrachttarife für transkaukasisches Petroleum von 9 auf 14 Kopeken tritt am 17./29. Mai in Kraft.

Italien.

Das Dekret zur Auflösung der Deputiertenkammer ist vom König am Mittwoch unterzeichnet worden. Die N. wahlen sind auf den 26. d. Mts., die Stichwahlen auf den 2. Juni festgesetzt. Das neue Parlament wird zum 10. Juni einberufen werden.

Frankreich.

Die indirekten Steuern ergaben im Monat April einen Mehrertrag von 7 Millionen gegen den Voranschlag; gegen den Monat April 1894 beträgt der Mehrertrag eine Million. Im Ministerrate wurde der Gesetzentwurf betreffend die Reform der Getränkebesteuerung festgestellt. Der Entwurf bestimmt die Abschaffung des Privilegiums der Landweinebrenner. Die Branntweinsteuer soll auf 175 Franken für den Hektoliter gebracht werden und der Steuernachlaß für hygienische Getränke mehr als 80 Millionen Franken betragen. Die verschiedenen Weinsteuern sollen abgeschafft und durch eine einzige Verbrauchssteuer ersetzt werden. Ferner sollen die Alkoholabgaben auf hygienische Getränke ermäßigt werden.

Serbien.

Von der Skupschtina wurde eine Deputation gewählt, welche die Königin Natalie begrüßen und ihr eine von allen Abgeordneten unterzeichnete Adresse überreichen soll.

Älien.

Zur Lage in Ostasien wird der „Times“ aus Petersburg gemeldet, die russische Regierung sei von der Antwort Japans befriedigt und betrachte den Zwischenfall als erledigt. Die militärischen Vorbereitungen bezw. die Mobilisation im äußersten Osten wären daher auf telegraphischem Wege eingestellt worden.

Provinzielles.

i. Ostlotoschin, 8. Mai. Die Saaten fangen an unter der anhaltenden Dürre zu leiden. Die Landleute schauen sehnsüchtig nach einem kräftigen Regen aus.

Gollub, 7. Mai. Die elfjährige Tochter Martha des Gendarms K. von hier spielte mit ihrem siebenjährigen Bruder an der Dremenz Ball. Auf einmal fiel der Ball in die Dremenz. Martha wollte ihn holen, stürzte hierbei in die Dremenz und geriet unter die Flößbölder. Glücklicherweise kam in demselben Augenblick der Fischer Viganowski zur Unglücksstätte und diesem gelang es mit eigener Lebensgefahr, das Mädchen noch lebend herauszuziehen.

r. Neumark, 8. Mai. Auf Requisition der Staatsanwaltschaft wurde gestern hier der Gerichtsekretär W. verhaftet. Vor einigen Tagen wurde derselbe vom Amte suspendirt. Die Gründe hierfür sind noch unbekannt. — Gestern brannten in Gr. Bacolowo die Wirtschaftsgebäude des Besitzers Osmanski ab. Das Vieh wurde größtenteils gerettet. Abends ging das mit Stroh gedeckte Wohnhaus ebenfalls in Flammen auf. Einem Steiger der hies. freiw. Feuerwehr, dem Schmiedemeister Meyer, wurde bei der Rettung des Viehes das Schlüsselbein zerbrochen.

Grunden, 8. Mai. Am 11. d. M. findet in der hiesigen Garnison eine Eisenbahn-Transport-Übung verbunden mit einer Felddienstübung statt. Die dazu bestimmten Truppen, unter denen sich auch Artillerie befindet, werden auf dem hiesigen Bahnhofe eingeschifft und dann auf freier Strecke auf Notrampen, die zu diesem Zwecke erbaut werden, wieder ausgeladen. — Der an dem Witschkowski'schen Neubau am Getreidemarkt beschäftigte Zimmergeselle Malinowski aus Neuenburg ist heute Vormittag aus dem dritten Stockwerk des Neubaus heruntergestürzt. Der Anfang der zwanziger Jahre stehende M. starb auf dem Transport zum städtischen Krankenhaus. Er hatte das Genick gebrochen.

Elbing, 6. Mai. Scheinrat Schikau, der vor Kurzem in San Remo einen leichten Schlaganfall erlitt, ist am Sonntag Nachmittag von Italien in bestem Wohlfinden wieder nach Elbing zurückgekehrt.

Danzig, 7. Mai. Rektor Ahlwardt hielt gestern Abend vor mehr als 500 Personen eine Rede über das Programm der antisemitischen Volkspartei. Leiter und Enderufer dieser Versammlung war der Gastwirt Bobek. Berlin. Er und Ahlwardt seien nicht hierher gekommen, um Haß und Zwietracht zu säen, sondern nur um eine gerechte Sache zu vertreten. Darauf hielt Ahlwardt seinen Vortrag, in dem er u. a. bemerkte, daß er nicht ohne besondere Wünsche nach Danzig gekommen sei (jedenfalls steht uns also eine Ahlwardt-Pandibatur bei der nächsten Wahl bevor). Zum Schluß wandte sich Ahlwardt gegen die Umsturzvorlage. Die Versammlung erklärte sich in seiner von Bobek verlesenen Resolution mit den Ausführungen Ahlwardts einverstanden und gegen die Umsturzvorlage.

Wilm, 7. Mai. Bei der letzten Kontrollversammlung führte Herr Hauptmann d. L. Hermann die Aufsicht über einige Kotten. In einer derselben befand sich der Arbeiter, frühere Matrose John Harm,

welcher durch lautes Sprechen die Aufmerksamkeit auf sich lenkte. Herr Hermann forderte schließlich seinen Militärpaß zur Einsicht. Als er dem Harm den Paß zurückgab, weigerte sich letzterer, den Paß anzunehmen und gebrauchte dabei Worte, welche einen Vorgefekten in seiner Achtung verletzen mußten. Harm wurde nun wegen wiederholten Ungehorsams und Achtungsverletzung gegen einen Vorgefekten vor versammelter Mannschaft angeklagt und heute verhaftet. Diese Thaten werden dem Genannten, welcher während seiner Militärdienstzeit 14 Bestrafungen mit strengem Arrest erlitten, wohl einige Monate Festung einbringen.

Groß-Bartelsdorf, 7. Mai. Heute Vormittag um 11 1/2 Uhr brach hier selbst bei dem Stetkmacher Gorgisowski Feuer aus, wodurch 18 Gehöfte mit 35 Gebäuden eingeküchert wurden. Mehrere Personen sind dabei schwer verletzt. Die Entstehungsurache ist unbekannt. Möbel, Betten, Wäsche sind überhaupt nicht mehr heranzubekommen gewesen. Im Zeitraum einer halben Stunde soll das Dorf ein Flammenmeer gewesen sein. Viele sind nicht mehr dazu gekommen, ihre Vermittel zu retten. Das Glend ist groß und wird hier wohl die Nächstenliebe helfend eingreifen müssen, um die Not zu lindern.

Insterburg, 7. Mai. Fräulein Sch., die Tochter eines hiesigen Grundbesitzers, beabsichtigt demnächst als erste Insterburger Studentin die Universität Zürich zu beziehen, um sich dortselbst dem Studium der Medizin zu widmen.

Gnesen, 7. Mai. Gestern erschien hier ein Mann aus Rußland und erstattete Anzeige, daß ihm vor fünf Jahren ein hier wohnhafter Arbeiter seine Ehefrau aus Rußland entführt habe. Der letztere hatte sich nämlich vor seiner Einstellung zum Militär verheiratet, mußte dann fünf Jahre im Kaukasus dienen und fand seine Ehefrau nach seiner Heimkehr nicht mehr vor. Er brachte nun in Erfahrung, daß sich dieselbe mit einem verheirateten Manne, der Frau und Kinder in Rußland zurückgelassen, nach Gnesen gewendet hatte. Als hier die beiden Männer zusammentrafen, entspann sich eine tüchtige Schlägerei, und die Polizei mußte einschreiten. Die Frau hat sich nun eines besseren besonnen, denn sie folgte ihrem Manne vergnügt in die Heimat.

Wosn, 8. Mai. Vor vierzehn Tagen wurde der Ausgebender Matecki in Polstke bei Pleschen ermordet aufgefunden. Als der Thäter schuldig wurde der Wirtschaftsbesitzer und Ortsschulze Bienen in Polstke verhaftet. Derselbe bestritt jedoch die That. Jetzt hat nun sein siebenjähriger Sohn, der wegen Verdachts der Mithäter schuldig wurde, verhaftet worden, eingestanden, daß sein Vater den Ausgebender Matecki in einen Stall gelockt und dort erschlagen habe. Gegen Bienen wird nunmehr die Anklage wegen Mordes erhoben werden.

Lokales.

Thorn, 9. Mai.

[Berufung.] Der von der Stadt Frankfurt a. D. präferirte Oberbürgermeister Dr. Adolph baselbst ist als Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen worden.

[Personalien aus dem Kreise Thorn.] Der Ingenieur Friedrich Kaapke zu Thorn ist zum Amtsvorsteher - Stellvertreter für den Amtsbezirk Moder auf einen Zeitraum von 6 Jahren ernannt worden. — Der Gutsbesitzer Schulz Wittlowo ist als Gutsvorsteher und der Inspektor August Lindner ebenda als Gutsvorsteher - Stellvertreter für jenen Amtsbezirk bestätigt worden, ebenso die Wahl der Besitzer Johann Maczkewicz und Johann Adamski zu Lonzyn zu Schöffen für jene Gemeinde.

[Die neuen Kaiserabzeichen] für die besten Schießergebnisse sind einzelnen Armeekorps bereits zugegangen. Sie sind in gelbem Metall sehr elegant gearbeitet. Es sind oval gestaltet, etwa 6 Zentimeter hohe Eichenlaubkränze, oben mit der Kaiserkrone geschlossen. Der Kranz ist 1 Zmtr. breit. Inmitten des Kranzes befinden sich für die Infanterie zwei gekreuzte Gewehre ohne Bajonette und darunter die Jahreszahl, für die Artillerie zwei gekreuzte Kanonenläufe. Originell ist die Auszeichnung für die Schützen und Jäger, für die sie in Gestalt eines skelettierten Hirschkopfes mit einem zwoiföhrigen-Geweih besteht, das die Kaiserkrone trägt. Die Jahreszahl ist hier auf dem Hirschkopfe angebracht. Getragen werden die Abzeichen auf dem rechten Oberarmel. Bei der Marine werden die Kaiserabzeichen bereits getragen.

[Verkehrserleichterung.] Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat, um der Geschäftswelt und dem gesamten reisenden Publikum den Eisenbahnverkehr und den Verkehr mit den Eisenbahnbehörden zu erleichtern, Karten für die Bezirke der verschiedenen seit dem 1. April d. Js. reorganisirten Eisenbahndirektionen anfertigen lassen, neben welchen die Betriebs-Maschinen- und Verkehrsinspektionen der zu den einzelnen Direktionen gehörigen Strecken sowie die Hauptwerkstätten verzeichnet sind. Verschiedene Direktionsbezirke sind immer zu einer Karte zusammengefaßt, so die der Direktionen Bromberg, Danzig, Königsberg und Stettin. Die letztere Karte ist bereits erschienen, die übrigen werden in allenächster Zeit herausgegeben werden. Was die Karten aber noch besonders wichtig und für den Verkehr nützlich macht, sind die ihnen gleichfalls beigegebenen Bemerkungen über den geschäftlichen Verkehr mit den Behörden und Dienststellen der preussischen Staats-Eisenbahnverwaltung. Danach sind Eingaben, Anfragen und Beschwerden, sowie Gesuche um Beschäftigung als Arbeiter im Interesse der Beschleunigung der Regel nach an die äußeren Dienststellen, die Stationen, Abfertigungsstellen, Fahrkarten-Ausgabestellen, Auskunfts-Bureaus und Auskunftsstellen, Fund-Bureaus, Bahnhofsstellen, Werkstätten,

